

Original EEE = <https://ec.europa.eu/tools/espd/filter?lang=de>

Unternehmensangaben und Eigenerklärungen

Abschnitt I: Angaben des Bieters/des Bevollmächtigten der Bietergemeinschaft

Ich gebe/Wir geben dieses Angebot ab als:

- Einzelbieter
- Bietergemeinschaft (Bitte beachten Sie Abschnitt V dieser Anlage.)

ggf. Name der Bietergemeinschaft:

Einzelbieter bzw. Bevollmächtigter der Bietergemeinschaft

Name:	
Rechtsform:	
Straße:	
PLZ, Ort:	
Telefon:	
Fax (für den Zuschlag):	
E-Mail:	
Ansprechpartner für die	
Vertragsdurchführung:	

Ggf. abweichende Kontaktdaten des Ansprechpartners für die Vertragsdurchführung

Straße:	
PLZ, Ort:	
Telefon:	
Fax:	
E-Mail:	

Beteiligung als kleines oder mittleres Unternehmen (KMU)

Handelt es sich bei dem Bieter/Bevollmächtigten der Bietergemeinschaft um ein Kleinunternehmen, ein kleines Unternehmen oder ein mittleres Unternehmen ¹ ?	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
---	--

¹ Empfehlung der Kommission vom 6. Mai 2003 betreffend die Definition der Kleinunternehmen sowie der kleinen und mittleren Unternehmen (ABl. L 124 vom 20.05.2003, S. 36). Diese Angabe wird nur für statistische Zwecke verlangt.

Kleinstunternehmen: Unternehmen, die **weniger als 10 Personen beschäftigen** und deren Jahresumsatz und/oder Jahresbilanzsumme **2 Mio. Euro nicht übersteigt**.

Kleine Unternehmen: Unternehmen, die **weniger als 50 Personen beschäftigen** und deren Jahresumsatz und/oder Jahresbilanzsumme **10 Mio. Euro nicht übersteigt**.

Mittlere Unternehmen: Unternehmen, bei denen es sich weder um Kleinunternehmen noch um kleine Unternehmen handelt, die **weniger als 250 Personen beschäftigen** und deren Jahresumsatz **50 Mio. Euro nicht übersteigt** und/oder deren Jahresbilanzsumme **43 Mio. Euro nicht übersteigt**.

Beachte: Maßgeblich ist das Unternehmen als Rechtssubjekt (GmbH, e. V. etc.). Ihre Angabe darf sich nicht nur auf einzelne Niederlassungen oder Standorte (Unternehmensteile) ohne rechtliche Selbständigkeit beziehen.

Abschnitt II: Eigenerklärungen als Beleg für das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen

Der Bieter/Bevollmächtigte der Bietergemeinschaft erklärt zu folgenden **Ausschlussgründen**:

1. Gründe im Zusammenhang mit einer strafrechtlichen Verurteilung (§ 123 Abs. 1 GWB)

Ich versichere, dass keine **Person**, deren Verhalten nach § 123 Abs. 3 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) meinem Unternehmen zuzurechnen ist², rechtskräftig verurteilt oder gegen mein **Unternehmen selbst** keine Geldbuße nach § 30 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten rechtskräftig festgesetzt worden ist wegen einer Straftat³ nachstehender Art:

- 1.1 Bildung krimineller Vereinigungen, Bildung terroristischer Vereinigungen, Kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland,
- 1.2 Terrorismusfinanzierung oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Abs. 2 Nr. 2 des Strafgesetzbuchs (StGB) zu begehen,
- 1.3 Geldwäsche, Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte,
- 1.4 Betrug, soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
- 1.5 Subventionsbetrug, soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
- 1.6 Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr,
- 1.7 Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern,
- 1.8 Vorteilsgewährung und Bestechung, jeweils auch in Verbindung mit § 335a StGB hinsichtlich ausländischer und internationaler Bediensteter,
- 1.9 Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr oder
- 1.10 Menschenhandel und Förderung des Menschenhandels,

wobei die Verurteilung höchstens fünf Jahre zurückliegt oder ein unmittelbar im Urteil festgelegter Ausschlusszeitraum noch nicht verstrichen ist.

2. Gründe im Hinblick auf die Entrichtung von Steuern oder Sozialversicherungsbeiträgen (§ 123 Abs. 4 GWB)

Ich versichere, dass ich/mein Unternehmen allen meinen Verpflichtungen zu Zahlung von Steuern, Abgaben oder Beiträgen zur Sozialversicherung sowohl in Deutschland als auch in meinem Niederlassungsstaat – sofern es sich um einen anderen Niederlassungsstaat als Deutschland handelt – nachgekommen bin.

3. Gründe im Zusammenhang mit umwelt-, sozial- und arbeitsrechtlichen Verpflichtungen (§ 124 Abs. 1 Nr. 1 GWB)

Ich versichere, dass das Unternehmen bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nicht gegen seine sonstigen arbeits- und sozialrechtlichen Verpflichtungen verstoßen hat⁴.

Mir ist bekannt, dass nach den folgenden spezialgesetzlichen Ausschlussregelungen

- 3.1 gemäß § 21 Abs. 1 des **Arbeitnehmer-Entsendegesetzes** (AEntG) Bieter von der Teilnahme an einem Wettbewerb um einen Liefer-, Bau- oder Dienstleistungsauftrag für eine angemessene Zeit bis zur nachgewiesenen Wiederherstellung ihrer Zuverlässigkeit ausgeschlossen werden sollen,

² Das Verhalten einer rechtskräftig verurteilten Person ist einem Unternehmen zuzurechnen, wenn diese Person **als für die Leitung des Unternehmens Verantwortlicher gehandelt** hat; dazu gehört auch die Überwachung der Geschäftsführung oder die sonstige Ausübung von Kontrollbefugnissen in leitender Stellung (§ 123 Abs. 3 GWB).

³ Aufzählung in § 123 Abs. 1 GWB unter Angabe der einzelnen Strafnormen. Einer Verurteilung oder der Festsetzung einer Geldbuße im Sinne des § 123 Abs. 1 GWB stehen eine Verurteilung oder die Festsetzung einer Geldbuße nach den **vergleichbaren Vorschriften anderer Staaten** gleich (§ 123 Abs. 2 GWB). Eine Vergleichbarkeit ist gegeben, wenn diese inhaltlich einer Verurteilung nach den in Artikel 57 Abs. 1 der Richtlinie 2014/24/EU genannten Tatbeständen entsprechen.

⁴ Umfasst sind gemäß Artikel 18 Abs. 2 der Richtlinie 2014/24/EU alle für das Unternehmen geltenden sozial- und arbeitsrechtlichen Verpflichtungen, die durch Rechtsvorschriften der Union, einzelstaatliche Rechtsvorschriften, aber auch durch **für das Unternehmen verbindliche Tarifverträge** festgelegt sind.

Anlage 7 zu BAuA-oV-546935-Bek

die wegen eines Verstoßes nach § 23 AEntG mit einer **Geldbuße von wenigstens 2.500 Euro** belegt worden sind. Das Gleiche gilt auch schon vor Durchführung eines Bußgeldverfahrens, wenn im Einzelfall angesichts der Beweislage kein vernünftiger Zweifel an einer schwerwiegenden Verfehlung besteht.

3.2 gemäß § 19 Abs. 1 des **Gesetzes zur Regelung eines allgemeinen Mindestlohns** (MiLoG) Bieter von der Teilnahme an einem Wettbewerb um einen Liefer-, Bau- oder Dienstleistungsauftrag für eine angemessene Zeit bis zur nachgewiesenen Wiederherstellung ihrer Zuverlässigkeit ausgeschlossen werden sollen, die wegen eines Verstoßes nach § 21 MiLoG mit einer **Geldbuße von wenigstens 2.500 Euro** belegt worden sind.

Ich versichere, dass solche vorgenannten Strafen oder Bußen während der letzten zwei Jahre gegen mich/mein Unternehmen **nicht verhängt** worden sind und ich mit **keiner temporären Auftragsperre** belegt worden bin⁵.

4. Gründe im Zusammenhang mit Insolvenz (§ 124 Abs. 1 Nr. 2 GWB)

Ich versichere, dass sich mein Unternehmen

4.1 nicht **zahlungsunfähig** ist,

4.2 über das Vermögen des Unternehmens kein **Insolvenzverfahren** oder ein vergleichbares Verfahren **beantragt** worden ist,

4.3 über das Vermögen des Unternehmens kein **Insolvenzverfahren** oder ein vergleichbares Verfahren **eröffnet** worden ist,

4.4 die **Eröffnung** eines solchen Verfahrens nicht mangels Masse **abgelehnt** worden ist und

4.5 es sich nicht im Verfahren der Liquidation befindet oder hat seine Tätigkeit eingestellt hat.

5. Gründe im Zusammenhang mit anderen schweren beruflichen Verfehlungen (§ 124 Abs. 1 Nr. 3 GWB)

Ich versichere, dass das Unternehmen⁶ im Rahmen der beruflichen Tätigkeit keine schwere Verfehlung begangen hat, durch die dessen Integrität in Frage gestellt wird, z.B.

5.1 weil für eine zu einem zwingenden Ausschlussgrund führende Straftat nach II.1 ein Strafverfahren anhängig ist, aber noch keine rechtskräftige Verurteilung vorliegt,

5.2 weil eine schwerwiegende Straftat im Geschäftsverkehr begangen wurde, die nicht unter II.1 aufgeführt ist, insbesondere Diebstahl, Unterschlagung, Erpressung, Untreue und Urkundenfälschung oder

5.3 weil eine schwerwiegende Straftat gegen die sexuelle Selbstbestimmung oder gegen die öffentliche Ordnung begangen wurde, die nicht unter II.1 aufgeführt ist, insbesondere Volksverhetzung.

6. Gründe im Zusammenhang mit wettbewerbsverzerrenden Verhaltensweisen (§ 124 Abs. 1 Nr. 4 GWB)

Ich versichere, dass mein Unternehmen keine Vereinbarungen mit anderen Unternehmen getroffen hat, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken, z.B. die Beteiligung an Absprachen über Preise oder Preisbestandteile, verbotene Preisempfehlungen, die Beteiligung an Empfehlungen oder Absprachen über die Abgabe oder Nichtabgabe von Angeboten, über die Aufrechnung von Ausfallentschädigungen sowie über Gewinnbeteiligung und Abgaben an andere Bewerber.

Falls Sie eine oder mehrere der **vorstehenden Erklärungen in II.1 bis II.6 nicht wie gefordert abgeben** können, ist dies im Abschnitt IV anzugeben und näher zu begründen.

⁵ Bei Aufträgen ab einer Höhe von 30.000 Euro fordert die Vergabestelle für den Bieter, der den Zuschlag erhalten soll, vor der Zuschlagserteilung eine **Auskunft aus dem Gewerbezentralregister** nach § 150a der Gewerbeordnung (GewO) an.

⁶ § 123 Abs. 3 GWB gilt entsprechend (vgl. Fußnote 2).

7. Interessenkonflikt aufgrund seiner Teilnahme an dem Vergabeverfahren (§ 124 Abs. 1 Nr. 5 GWB)

Ich erkläre, dass aus meiner Sicht kein Interessenkonflikt im Sinne des nationalen Rechts, der einschlägigen Bekanntmachung oder der Auftragsunterlagen aufgrund meiner Teilnahme an dem Vergabeverfahren besteht.

8. Schuldig der Täuschung, Zurückhaltung von Informationen, Unfähigkeit zur Vorlage verlangter Unterlagen und Erhalt vertraulicher Informationen zu dem Verfahren (§ 124 Abs. 1 Nr. 8 GWB)

Ich bestätige, dass mein Unternehmen in Bezug auf seine Auskünfte zur Überprüfung des Nichtvorliegens von Ausschlussgründen und der Einhaltung der Eignungskriterien keine schwerwiegende **Täuschung** begangen oder keine derartigen Auskünfte **zurückgehalten** hat, sowie in der Lage sein wird, die erforderlichen Nachweise zu übermitteln

9. Unzulässige Beeinflussung des öffentlichen Auftraggebers und des Vergabeverfahrens (§ 124 Abs. 1 Nr. 9 GWB)

Ich bestätige, dass mein Unternehmen

9.1 nicht versucht hat, die Entscheidungsfindung des öffentlichen Auftraggebers in unzulässiger Weise zu beeinflussen, vertrauliche Informationen zu erhalten, durch die es unzulässige Vorteile beim Vergabeverfahren erlangen könnte, oder

9.2 nicht fahrlässig oder vorsätzlich irreführende Informationen übermittelt hat, die die Vergabeentscheidung des Auftraggebers erheblich beeinflussen könnten, und nicht versucht hat, solche Informationen zu übermitteln.

Abschnitt III: Eigenerklärungen zur Einhaltung von Rechtsvorschriften bei der Auftragsausführung sowie weiterer bei der Auftragsausführung einzuhaltender Bedingungen

Der Bieter/Bevollmächtigte der Bietergemeinschaft erklärt zu folgenden **bei der Auftragsausführung einzuhaltenden Rechtsvorschriften**:

1. Schutz von personenbezogenen Daten und Sozialdaten

Ich verpflichte mich, das Gesetz zum Schutz personenbezogener Daten - Bundesdatenschutzgesetz - (in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Januar 2003 (BGBl. I S. 66), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 22. August 2006 (BGBl. I S. 1970)", sowie alle sonstigen gesetzlichen und behördlichen Vorschriften zum Datenschutz und zur Geheimhaltung zu beachten.

Ich verpflichte mich, über alle während oder im Zusammenhang mit dem abzuschließenden Vertrag bekannt werdenden Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse sowie sonstige geschäftlichen bzw. betrieblichen Tatsachen, sofern sie nicht offenkundig sind, während und nach Beendigung des Vertragsverhältnisses Stillschweigen zu bewahren.

Zu den Geschäfts- und Betriebsgeheimnissen zählen auch Details bzw. Konditionen der jeweiligen Rahmenverträge bzw. Einzelaufträge. Die Verschwiegenheitsverpflichtung bezieht sich auch auf die Kunden oder potenzielle Kunden des Auftraggebers.

Ich verpflichte mich weiter, alle bei mir/im Unternehmen beschäftigten Personen sowie alle von mir/uns sonst zur Leistungserbringung eingesetzten dritten Personen, seien es natürliche oder juristische Personen, entsprechend zur Verschwiegenheit zu verpflichten und dafür Sorge zu tragen, dass den entsprechenden Verpflichtungen nachgekommen wird.

2. Erklärung zum Gesetz zur Regelung eines allgemeinen Mindestlohns (Mindestlohngesetz-MiLoG)

Ich verpflichte mich, den gesetzlich geforderten Mindestlohn im Sinne der §§ 1 und 2 MiLoG in der jeweiligen aktuellen gesetzlich geforderten Höhe rechtzeitig zu bezahlen und keine Nachunternehmer einzusetzen, welche den gesetzlichen Mindestlohn nicht oder nicht rechtzeitig bezahlen.

Der Bieter/Bevollmächtigte der Bietergemeinschaft erklärt zur folgenden, **bei der Auftragsausführung einzuhaltenden, zusätzlichen Ausführungsbedingung**:

3. Berufshaftpflicht

- Ich erkläre, dass für die Laufzeit des Vertrages eine Betriebs- bzw. Berufshaftpflichtversicherung mit einer Mindestdeckungssumme von 1.500.000 € für Personenschäden und 250.000 € für Sach- und Vermögensschäden je Schadensfall und der jeweils doppelten Summe je Kalenderjahr besteht oder abgeschlossen wird und der Nachweis hierüber nach Aufforderung des Auftraggebers/der Vergabestelle vorgelegt wird. Bestätigungen in anderen als deutscher Sprache sind in Übersetzung vorzulegen. Ich/Wir garantieren die Richtigkeit der Übersetzung.
- Ich bin Selbstversicherer. Eine entsprechende Haftpflicht kann ich nicht abschließen und daher auch nicht vorweisen. Einen Nachweis hierüber habe ich dem Angebot beigefügt.

4. Abwehr von Einflüssen der Scientology-Organisation

Ich erkläre sicherzustellen, dass die zur Erfüllung des Auftrags eingesetzten Personen nicht die „Technologie von L. Ron Hubbard“ anwenden, lehren oder in sonstiger Weise während der Leistungserbringung verbreiten.

Bei einem Verstoß ist der Auftraggeber berechtigt, den Vertrag aus wichtigem Grund ohne Einhaltung einer Frist zu kündigen. Weitergehende Rechte bleiben unberührt.

Abschnitt IV: Vorliegen von Ausschlussgründen nach II.1 bis II.6

Der Bieter hat in diesem Abschnitt nur dann Angaben zu machen, wenn er eine oder mehrere der Erklärungen aus den Abschnitten II.1 bis II.6 nicht wie gefordert abgeben kann.

Wenn mehrere Mitglieder einer Bietergemeinschaft betroffen sind, legen Sie bitte für jedes der betroffenen Unternehmen eine separate, vom jeweiligen Unternehmen ordnungsgemäß ausgefüllte Erklärung mit den nach diesem Abschnitt erforderlichen Erklärungen und Informationen mit dem Angebot vor.

<p>Gründe im Zusammenhang mit einer strafrechtlichen Verurteilung (siehe II.1) liegen vor.</p>	<p><input type="checkbox"/> Ja</p>
<p>Falls ja, machen Sie bitte folgende Angaben:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Datum der Verurteilung, Art der Straftat gemäß den Punkten 1.1 bis 1.10; Grund (Gründe) für die Verurteilung • Verurteilte Person • Soweit unmittelbar im Urteil festgelegt: Dauer des Ausschlusszeitraums und Tatbestand (Tatbestände) <p>Sofern die einschlägigen Unterlagen elektronisch abrufbar sind, geben Sie bitte Web-Adresse, bescheinigende Stelle an sowie genaue Bezeichnung der Dokumente an:</p>	
<p>Im Falle einer Verurteilung: Hat das Unternehmen Maßnahmen getroffen, um trotz Vorliegens eines einschlägigen Ausschlussgrundes seine Zuverlässigkeit nachzuweisen⁷ („Selbstreinigung“)?</p>	<p><input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein Falls ja, bitte die Maßnahmen beschreiben:</p>
<p>Gründe im Hinblick auf die Entrichtung von Steuern oder Sozialversicherungsbeiträgen (siehe II.2) liegen vor.</p>	<p><input type="checkbox"/> Ja</p>
<p>Falls ja, machen Sie bitte folgende Angaben:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Betroffenes Land bzw. betroffener Mitgliedstaat • Wie hoch ist der fragliche Betrag? • Wie wurde der Verstoß gegen die bestehenden Verpflichtungen festgestellt? <p>Sofern die Feststellung im Wege einer Gerichts- oder verwaltungsbehördlichen Entscheidung erfolgte:</p>	

⁷ Aus der Beschreibung sollte hervorgehen, dass die betreffenden Maßnahmen in Anbetracht der Art der begangenen Straftaten (punktuell, wiederholt, systematisch ...) angemessen sind.

Anlage 7 zu BAuA-oV-546935-Bek

<p>Ist diese Entscheidung endgültig und verbindlich? Datum der Verurteilung bzw. der Entscheidung Im Falle einer Verurteilung: Soweit darin unmittelbar festgelegt, Dauer des Ausschlusszeitraums: Auf andere Weise (bitte präzisieren):</p> <ul style="list-style-type: none"> Ist das Unternehmen seinen Verpflichtungen nachgekommen, indem es die Zahlung vorgenommen hat oder eine verbindliche Vereinbarung im Hinblick auf die Zahlung der fälligen Steuern oder Sozialversicherungsbeiträge – ggf. einschließlich etwaiger Zinsen oder Strafzahlungen – eingegangen ist? 	<p><input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein Falls ja, bitte näher ausführen:</p>
<p>Sofern die einschlägigen Unterlagen über die Zahlung von Steuern und Sozialabgaben elektronisch abrufbar sind, geben Sie bitte Web-Adresse, bescheinigende Stelle und genaue Bezeichnung der Dokumente an:</p>	
<p>Gründe im Zusammenhang mit sozial- und arbeitsrechtlichen Verpflichtungen (siehe II.3) liegen vor.</p>	<p><input type="checkbox"/> Ja</p>
<p>Falls ja, bitte näher ausführen:</p>	
<p>Hat das Unternehmen Maßnahmen getroffen, um trotz des Vorliegens dieses Ausschlussgrundes seine Zuverlässigkeit nachzuweisen („Selbstreinigung“)?</p>	<p><input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein Falls ja, bitte die Maßnahmen beschreiben:</p>

Anlage 7 zu BAuA-oV-546935-Bek

Gründe im Zusammenhang mit Insolvenz (siehe II.4) liegen vor.	<input type="checkbox"/> Ja
Falls ja, bitte konkrete Art der Situation gemäß den Punkten 4.1 bis 4.5 benennen und näher ausführen: Erläutern Sie dabei bitte, warum das Unternehmen unter Berücksichtigung der geltenden nationalen Vorschriften und Maßnahmen betreffend die Fortführung der Geschäftstätigkeit unter diesen Umständen dennoch in der Lage ist, den Auftrag zu erfüllen.	
Sofern die einschlägigen Unterlagen elektronisch abrufbar sind, geben Sie bitte Web-Adresse, bescheinigende Stelle und genaue Bezeichnung der Dokumente an:	

Gründe im Zusammenhang mit anderen schweren beruflichen Verfehlungen (siehe II.5) liegen vor.	<input type="checkbox"/> Ja
Falls ja, bitte näher ausführen:	
Hat das Unternehmen „selbstreinigende“ Maßnahmen getroffen?	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein Falls ja, bitte die Maßnahmen beschreiben:

Anlage 7 zu BAuA-oV-546935-Bek

Gründe im Zusammenhang mit wettbewerbsverzerrenden Verhaltensweisen (siehe II.6) liegen vor.	<input type="checkbox"/> Ja
Falls ja, bitte näher ausführen:	
Hat das Unternehmen „selbstreinigende“ Maßnahmen getroffen?	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein Falls ja, bitte die Maßnahmen beschreiben:

Abschnitt V: Vollmacht bei Bildung einer Bietergemeinschaft und Eigenerklärungen der weiteren Mitglieder

Mit dieser Vollmacht beauftragen wir das im Abschnitt I als Bevollmächtigten der Bietergemeinschaft benannte Mitglied im Namen und Auftrag der Bietergemeinschaft mit

- der Abgabe des Angebotes und
- dem Abschluss und der Durchführung des Vertrages.

Die Mitglieder der Bietergemeinschaft haften gegenüber dem Auftraggeber gesamtschuldnerisch für die Leistungserbringung.

Mit nachstehender Unterschrift bestätigt jedes Mitglied der Bietergemeinschaft, dass die Erklärungen entsprechend den Abschnitten II, III, IV und VI sowie die sonstigen von ihm verlangten Erklärungen zur Angebotsabgabe jeweils abgegeben werden.

Falls ein Mitglied eine oder mehrere der **Erklärungen in II.1 bis II.6 dieser Datei nicht wie gefordert** abgeben kann, hat es dies im **Abschnitt IV** anzugeben und näher zu begründen.

Weiteres Mitglied der Bietergemeinschaft

Name:	
Rechtsform:	
Straße:	
PLZ, Ort:	
Ansprechpartner:	
Telefon:	
Fax:	
E-Mail:	
Firmenstempel	Datum/Unterschrift

Beteiligung als kleines oder mittleres Unternehmen (KMU)

Handelt es sich bei dem Mitglied der Bietergemeinschaft um ein Kleinunternehmen, ein kleines Unternehmen oder ein mittleres Unternehmen ⁸ ?	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
--	--

Bei 3 und mehr Mitgliedern der Bietergemeinschaft bitte diese Seite hinreichend oft ausdrucken.

⁸ Zur Definition der Kleinunternehmen sowie der kleinen und mittleren Unternehmen siehe Fußnote 1.

Abschnitt VI: Vergabe von Unteraufträgen und Eignungsleihe

Angaben in diesem Abschnitt sind nur dann zu machen, wenn beabsichtigt ist, einen Teil oder Teile des Auftrags an andere Unternehmen weiter zu vergeben (Unterauftrag) und/oder für den Nachweis der Eignung die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch zu nehmen (Eignungsleihe).

Falls eine Unterauftragsvergabe beabsichtigt ist, verpflichtet sich der Bieter/die Bietergemeinschaft dafür zu sorgen, dass der vorgesehene Unterauftragnehmer ihm/ihr gegenüber gleich lautende schriftliche Erklärungen nach den Abschnitten II und III und – soweit notwendig – nach dem Abschnitt IV abgibt. Diese Erklärungen hat der Unterauftragnehmer mit seiner Unterschrift unter Angabe von Datum, Ort und Firmenbezeichnung zu bestätigen.

Wenn der Bieter/die Bietergemeinschaft die Kapazitäten anderer Unternehmen auch deshalb in Anspruch nehmen will, um die ggf. festgelegten Eignungskriterien zu erfüllen, verpflichtet er/sie sich, zusätzlich eine entsprechende Bestätigung des Unternehmens einzuholen.

Mir liegen von den für eine Unterauftragsvergabe bzw. Eignungsleihe vorgesehenen Unternehmen die vorstehenden Erklärungen vor und kein Unternehmen hat darin das Vorliegen von Ausschlussgründen gemäß Abschnitt IV bejaht.	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
---	---

Falls ja, ist die vorstehende Eigenerklärung des Bieters/der Bietergemeinschaft hinsichtlich der für die Unterauftragsvergabe bzw. Eignungsleihe vorgesehenen Unternehmen ausreichend. Die Erklärungen der Unternehmen, die die für eine Unterauftragsvergabe bzw. Eignungsleihe vorgesehen sind, brauchen Sie also nicht einzureichen.

Falls nein, überprüft die Vergabestelle vor Erteilung des Zuschlags, ob Gründe für den Ausschluss und die Ersetzung von Unterauftragnehmern/Dritten vorliegen. Die Vergabestelle verlangt von Ihnen dann die Übersendung der abgegebenen Erklärungen, wenn Ihr Angebot in die engere Wahl kommt.

Unternehmen, die für eine Unterauftragsvergabe bzw. Eignungsleihe vorgesehen sind, benennen Sie bitte im nachfolgenden Verzeichnis und nummerieren diese aufsteigend. Die von Unterauftragnehmern auszuführenden Leistungsteile sind nach Art und Umfang kurz zu beschreiben.

Unternehmen Nr.	
Name:	
Rechtsform:	
Straße:	
PLZ, Ort:	
Ansprechpartner:	
Telefon:	
Fax:	
E-Mail:	
Kurzbeschreibung der auszuführenden Leistungsteile:	

Bei 2 und mehr Unterauftragnehmern bitte diese Seite hinreichend oft ausdrucken